



Überlegen Sie,
wer Ihre Interessen vertritt
und wählen Sie dann!



Nationalratswahl 2017

Die Parteien auf dem Prüfstand



Sind Sie für eine Besteuerung von Millionenvermögen, um damit den Sozialstaat zu sichern und auszubauen?

Sind Sie für eine wirksamere Begrenzung der Mieten als eine Maßnahme gegen das starke Steigen der Wohnkosten?

Sind Sie für die Pflichtmitgliedschaft in allen Kammern als Voraussetzung für die Sozialpartnerschaft?

Sind Sie für die Beibehaltung der AK-Umlage in der gegenwärtigen Höhe, damit die Leistungen der AK gesichert sind?

SPÖ

JA Die SPÖ will eine faire Steuer auf Erbschaften und Schenkungen von mehr als 1 Mio. Euro. Das brächte 500 Mio. Euro im Jahr, die zur Finanzierung der Pflege verwendet werden sollen. Nur, was über die erste Mio. hinausgeht, wird besteuert. Das trifft die reichsten 2-3 Prozent.

JA Wir wollen ein bundesweit einheitliches Mietrecht und ein System mit Mietzinsobergrenzen mit klaren, transparenten Regelungen für Zu- und Abschläge. Zusätzlich wollen wir einen Kautionsfonds einrichten und Makler- und Vertragsgebühren für MieterInnen abschaffen.

JA Gerade die Arbeiterkammer steht im Vertrauensindex der ÖsterreicherInnen ganz weit oben und tritt sehr erfolgreich für die Interessen der ArbeitnehmerInnen ein. Unsere Form der starken Sozialpartnerschaft stärkt den Standort und den sozialen Frieden in Österreich.

JA Die AK erkämpft für ihre Mitglieder im Arbeits- und Sozialrecht jährlich Millionenbeträge. Die AK-Umlage ist ein wichtiger Beitrag, damit dieser Einsatz auch weiterhin möglich ist.

Die neue Volkspartei

NEIN Es ist aufgrund der hohen steuerlichen Belastung heute kaum möglich, sich durch eigene Arbeit etwas aufzubauen. Bevor wir daher über die Einführung neuer Steuern reden, sollten wir Steuern spürbar senken. Wer sich Eigentum aufgebaut hat, soll auch frei darüber verfügen können.

NEIN Der Hauptgrund für die hohen Wohnkosten in Österreich ist, dass die Nachfrage das Angebot übersteigt. Die Einführung einer Mietpreisobergrenze würde diese Situation noch zusätzlich verschärfen, da die Anreize für die Schaffung von neuem Wohnraum verloren gingen.

JA Es braucht in der Praxis eine klare Trennung der Aufgaben zwischen Sozialpartnern und Regierung. Insbesondere im Bereich der dualen Ausbildung, der Lohn- und Gehaltsverhandlungen sowie für den gesamtgesellschaftlichen Ausgleich hat die Sozialpartnerschaft hohe Verdienste.

JA Klar ist aber, dass Sozialpartner serviceorientierter werden und sparsamer mit ihren Beiträgen umgehen müssen. Mitgliedsbeiträge sind legitim, wenn damit gut umgegangen wird und die Mitglieder mit dem Service ihrer Kammer zufrieden sind.

FPÖ

-* Wir bekennen uns zum Aufbau von Eigentum und Vermögen und sind daher strikt gegen die Einführung von Erbschafts-, Schenkungs- und Vermögenssteuern. Wir sind grundsätzlich gegen die Einführung neuer, zusätzlicher Steuern.

JA Mietzinsobergrenze bei älteren Wohnungen, nicht jedoch bei aufwändig sanierten Objekten oder solchen, die unter 25 Jahre alt sind und sich in einem zeitgemäßen baulichen Zustand befinden.

NEIN Wir sind für ein Ende des Kammerzwangs und damit gegen Pflichtmitgliedschaften. Denn eine wirksame Interessenvertretung muss auch ohne Pflichtmitgliedschaft möglich sein.

NEIN Wir sind für eine Senkung der AK-Umlage und für eine Konzentration der AK auf ihre Kernaufgaben.

DIE GRÜNEN GRUENE.AT

JA Dringend. Vermögen ist bei einigen wenigen konzentriert und Steuern darauf sind extrem niedrig – im OECD-Schnitt sind sie dreimal so hoch. Österreich braucht eine Steuerstrukturreform: Die Steuern auf Arbeit sollen gesenkt werden und Superreiche faire Beiträge zahlen.

JA Die Grünen schlagen klare und transparente Obergrenzen für Mieten vor. Außerdem sollen Befristungen deutlich erschwert, Maklerkosten für MieterInnen reduziert und der soziale Wohnbau verstärkt werden.

JA Die Arbeiterkammern sind hervorragende DienstleisterInnen für ihre Mitglieder. Sie abzuschaffen oder zu schwächen würde allen ArbeitnehmerInnen schaden. Dafür sind wir Grüne nicht zu haben.

JA Die Arbeiterkammern erkämpfen Jahr für Jahr mit Rechtsverfahren mehr Geld für ihre Mitglieder, als die AK-Umlage einbringt. Die AK-Umlage in der jetzigen Höhe ist gut angelegtes Geld.

neos

-* Wir NEOS sind grundsätzlich gegen neue Steuern, solange die Steuer- und Abgabenquote in Österreich zu einer der höchsten in Europa zählt. Dringlichstes Ziel muss es sein, diese hohe Abgabenlast zu senken.

-* Ziel muss es sein, Wohnen wieder leistbar zu machen. Das wird durch eine Mietzinsobergrenze aber nicht gelingen. Wir sind davon überzeugt, dass es vor allem ein höheres Angebot braucht, damit die Mietpreise wieder sinken.

NEIN Wir wollen die Kammern in bedarfsorientierte und schlanke Interessenvertretungen umwandeln, die als qualitativ hochwertige Serviceeinrichtung Mitglieder anziehen (wie das ja auch bei der Gewerkschaft der Fall ist). Wir NEOS sind davon überzeugt: Echte Interessenvertretungen brauchen keine Zwangsmitgliedschaft.

NEIN Wir sind davon überzeugt, dass die Kernleistungen der Arbeiterkammer, nämlich die arbeitsrechtliche Vertretung der ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmer, auch nach einer Halbierung der AK-Umlage erbracht werden kann.

*) – Partei wollte die Frage nicht eindeutig mit Ja oder Nein beantworten